

Resolution gegen laute Züge

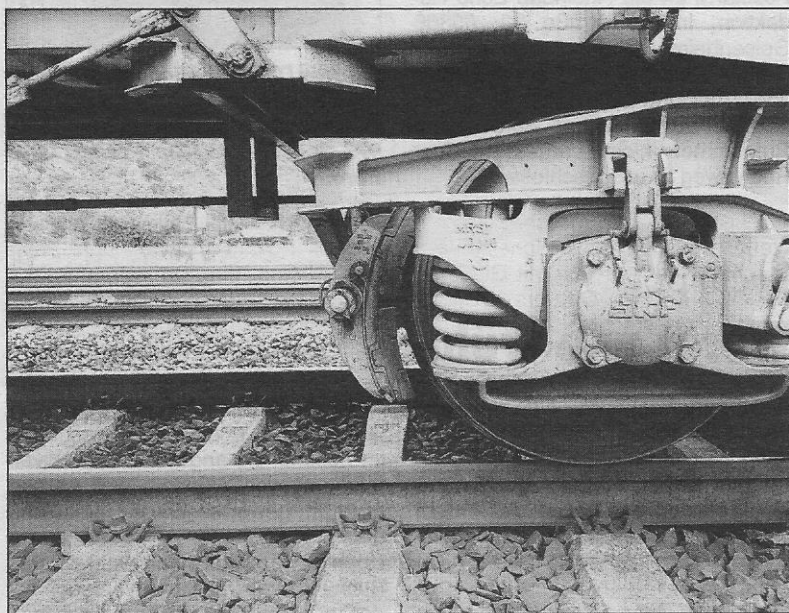
Rheingau. (mg) – Mehr als 10.000 Menschen aus allen Teilen der Republik haben sich der Pro-Rheintal-Resolution für ein sofortiges Nachfahrverbot für laute Güterwaggons angeschlossen. Es geht darum, dass Waggonen mit Raddefekten nur noch tagsüber eingesetzt werden dürfen. In einem Schreiben fordert Pro-Rheintal Verkehrsminister Ramsauer auf, zusammen mit der EU die Voraussetzungen zu schaffen, um ein solches Fahrverbot kurzfristig aussprechen zu können.

Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross dazu: „Nachdem seitens des Bundes 300 Millionen Euro für die Umrüstung bereitgestellt wurden und auch die EU weitere Zuschüsse auf den Weg gebracht hat, sind die Waggonhalter komfortabel bezuschusst. Durch Zulassung der LL-Sohle kann die kom-

und Bahn verstehen, dass es ihnen ernst ist.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Der Schutz von Leib und Leben, als das höchste Rechtsgut in unserer Verfassung, darf nicht länger zugunsten von nachlässigen und auf Verschleiß fahrenden Bahnbetreibern und Waggonhaltern ignoriert werden. Hier sind Bundesregierung und EU gemeinsam aufgefordert, die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, um ein sofortiges qualifiziertes Verbot auszusprechen.“

Der Epidemiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser bringt den Rückhalt für diese Forderung auf den Punkt: „Die Bevölkerung sollte die Möglichkeit haben, mindestens von 22 bis 7 Uhr schlafen zu können. Das ist bei den gegenwärtigen gesetzlichen Verhältnissen bedauerlicherweise nicht durchsetzbar.“



Der Kontakt zwischen Rad und Schiene macht 90 Prozent der Lärmemissionen aus. Kunststoffbremsen sorgen für glatte Räder, damit auch die Schienen glatt bleiben und die Züge flüsterleise vorbeifahren.

plette Umrüstung bis 2016 erfolgen.“ Es gebe keinen weiteren Grund, warum Waggonhalter und Bahnbetreiber gegen den Schutz von Leib und Leben verstoßen und in Deutschland Nacht für Nacht Hunderttausende von Menschen aus dem Schlaf reißen. Damit schade man den Bewohnern der Region, der Wirtschaft und dem Staat.

Unterstützung erhält Pro Rheintal auch vom Umweltbundesamt. In einer Stellungnahme zu einem Schreiben von Pro Rheintal weist der Leiter des Fachgebietes „Lärminderung im Verkehr“, Dr. René Weinandy, darauf hin, dass das UBA sich ebenfalls für ein qualifiziertes Nachfahrverbot an Bahnstrecken mit hoher Lärmbelastung ausspricht. Um der Forderung eines Verbots für laute Güterwaggons Nachdruck zu verleihen, fordert Pro Rheintal alle Bürger auf, die Resolution, die in allen Rathäusern ausliegen sollte, dort oder auch online (www.pro-rheintal.de) zu zeichnen, damit Politik

Die Politiker müssen sich daher Gedanken machen, wie viele zusätzliche Krankheits- und damit auch Todesfälle sie der Bevölkerung zumuten wollen, wenn auf der anderen Seite der wirtschaftliche Nutzen für einige wenige Firmen steht.“

Dabei ist diese Forderung nicht neu. Schon auf dem Internationalen Bahnlärmkongress 2010 in Boppard haben sich die Initiativen aus ganz Europa für den Schutz vor krankmachendem Lärm und das Recht auf Nachtruhe ausgesprochen.

Die Dramatik der Situation soll mit einer umfassenden und repräsentativen Bahnlärmstudie demnächst untermauert werden, denn jeden Tag, an dem es nachts zu laut ist und Menschen nicht schlafen können, sei ein Tag, an dem die Betroffenen ein Stück kranker würden, wie die jüngste Studie der Universität Mainz noch einmal belegt.